

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend Genehmigungsverfahren für Baurestmassendeponien

Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung für eine Änderung des Abfallwirtschaftsgesetzes 2002 einzusetzen, insbesondere dafür, dass

1. für die Genehmigung neuer Anlagen ein zusätzlicher Bedarf an Deponiekapazitäten als Voraussetzung verankert und
2. eine stärkere Einbindung der betroffenen Gemeinden sichergestellt wird.

Begründung

Baurestmassen sind ein unvermeidlicher Bestandteil einer florierenden Bauwirtschaft. Seit Monaten bewegt ein konkretes Projekt in Weilern jedoch die Menschen und die gesamte Region. Für den Oö. Landtag sind die zahlreichen Sorgen und Bedenken hinsichtlich des Standortes nachvollziehbar, weshalb diese ernst genommen werden müssen. In diesem Zusammenhang wird auch ein Anpassungsbedarf des derzeitigen Abfallwirtschaftsgesetzes 2002 erkennbar, das so rasch als möglich geändert werden soll, damit die angepassten Regelungen ehestmöglich angewendet werden können. Denn die Regelungen zur Genehmigung von Baurestmassendeponien wurden aufgrund eines damaligen Deponienotstandes eingeführt und sehen keinerlei Prüfung des tatsächlichen Bedarfs vor. Nach dem oberösterreichischen Landesabfallwirtschaftsplan sind jedoch ausreichend Kapazitäten für Bodenaushub- und Baurestmassendeponien vorhanden.

Angesichts des steigenden Einsatzes von Recyclingmaterialien als Ersatz für Primärrohstoffe wird weiters erwartet, dass die Menge der deponierten Abfälle nicht signifikant zunehmen wird. Eine Genehmigung neuer Deponien soll daher nur erfolgen, wenn jedenfalls ein nachgewiesener Bedarf besteht. Durch den Wegfall des damaligen Deponienotstands ist auch die seinerzeit vorgenommene Anpassung der Beteiligungsmöglichkeiten betroffener Gemeinden überholt. Diese sollen künftig stärker in die entsprechenden Verfahren eingebunden werden.

Linz, am 28. September 2026

(Anm.: Fraktion der Grünen)

Bauer, Mayr, Engl, Vukajlović, Huber-Reiter, Ammer, Hemetsberger

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Angerlehner, Mühlbacher, Lengauer, Weber, Grünberger, Gschwandtner, Aspalter, Scheiblberger, Naderer, Stanek, Mader

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Dim, Schießl, Klinger, Graf, Hofmann, Mahr, Kroiß, Gruber, Fischer

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Antlinger, Engleitner-Neu

(Anm.: Fraktion der MFG)

Aigner, Krautgartner, Häusler

(Anm.: NEOS-Fraktion)

Eypeltauer